

Mainz, 24.01.2014

## **Anfrage 1667/2013 zur Sitzung am 30.10.2013**

### **Osteiner Hof (Bündnis90/DIE GRÜNEN)**

Bei einer Begehung des Osteiner Hofes am 8. August haben Experten festgestellt, dass die Struktur des Gebäudes durchaus verschiedene Nutzungen zulasse. Bislang hat der Bund aber aufgrund der hohen Erwerbs- und Instandhaltungskosten keinen Erfolg gehabt, eine Nachfolgenutzung sicher zu stellen. Dennoch gibt es ein hohes Interesse, das Gebäude möglichst öffentlich genutzt zu wissen. Auch der Oberbürgermeister hat in einer Pressemitteilung vom 30. April 2013 betont, dass die Stadt „selbstverständlich weiterhin sehr an der Zukunft des Osteiner Hofes interessiert“ sei. Aus diesen Erwägungen heraus hat der Ortsbeirat Mainz-Altstadt die Stadtverwaltung am 28. August einstimmig gebeten (Drucksache 1236/2013), sich um die Entstehung einer Bietergemeinschaft (zu der auch private Nutzer\_innen und Kostenträger\_innen gehören können) zu kümmern, oder wenigstens beim Land (Generaldirektion Kulturelles Erbe) vorstellig zu werden, um dies zu veranlassen. Damit eine potentielle Bietergemeinschaft weiß, auf was sie sich mit dem Osteiner Hof einlässt, sollte vorher eine Machbarkeitsstudie im Auftrag gegeben werden. Diese soll aufzeigen, welche Teilbereiche für welche Nutzungen umgebaut werden könnten, unter Berücksichtigung der Interessen des Denkmalschutzes, sowie mit welchen Instandsetzungskosten für welche Teile des Gebäudekomplexes zu rechnen sind. Die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage im Ortsbeirat (Drucksache 1238/2013) lässt erkennen, dass der Beschluss des Ortsbeirats auf das Denken und Handeln der Verwaltung noch keine weitreichenden Auswirkungen entfaltet hat. So lehnt die Verwaltung die städtische Benutzung eines Teils des Objekts ab, mit der Begründung, es sei "nicht denkbar, da der Bund das Gebäude nur insgesamt veräußern möchte. Außerdem würden bei einem Umbau [...] sämtliche Parkplatzflächen entfallen [...]. Das Gebäude steht insgesamt unter Denkmalschutz. Umbaumaßnahmen müssten daher von diesem genehmigt werden."

Wir fragen die Verwaltung:

1) Welche Bereitschaft besteht seitens die Stadtverwaltung, eine Bietergemein-

schaft zu organisieren, oder mit Nachdruck auf Land oder Bund vorstellig zu werden, damit diese Aufgabe dort übernommen wird? Ist der Verwaltung klar, dass dann eine Bietergemeinschaft (ggf mit städtischer Beteiligung) gegenüber dem Bund als Käuferin für das Objekt insgesamt auftreten würde? Welche Schritte hat die Verwaltung in diese Richtung bereits unternommen?

2) Inwieweit ist der Wunsch nach einer Machbarkeitsstudie, die aufzeigt, welche Teilbereiche umgebaut werden könnten unter Berücksichtigung der Interessen des Denkmalschutzes, in die Gedanken der Verwaltung eingeflossen? Wer sollte nach Meinung der Verwaltung eine solche Studie beauftragen und wie stellt die Verwaltung sicher, dass dies geschieht? Wann ist mit einer solchen Studie zu rechnen?

3) Sollten Parkplätze im Osteiner Hof wegfallen, wäre die Möglichkeit gegeben, diese in dem nahegelegenen Parkhaus Schillerplatz nachzuweisen? Wenn ja, welche (auch positive) Folgen hätte dies für die PMG? Wenn nein, warum nicht?

4) Der Oberbürgermeister berichtete der Presse gegenüber von dem großen Interesse der Stadt an der Nachfolgenutzung des Osteiner Hofes anlässlich des Auftritts des Bundes bei der Expo Real. Haben die Gespräche am Rande dieser Immobilienmesse neue Erkenntnisse gebracht, die vor der Messe nicht ersichtlich waren? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?

5) Inwieweit sind eventuelle neue Erkenntnisse (siehe Frage 4) mit der Idee verträglich, unterschiedliche Nutzungen (zB durch Teileigentum oder Untermietverträge), darunter auch öffentliche Nutzungen, zuzulassen?

6) Inwieweit war bei der Expo Real erkennbar, dass der Bund bei der Vermarktung auf die Erkenntnisse einer Machbarkeitsstudie wie in Frage 2 erwähnt, zurückgreifen wird?

7) Welche Chancen bestehen, dass der Osteiner Hof künftig stärker wie zuvor von der Öffentlichkeit genutzt werden kann?

Dr. Brian Huck (DIE GRÜNEN)